

Antrag

der Fraktion der SPD

Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation

Der Bundestag wolle beschließen:

Stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost ist ein wichtiges Stabilisierungselement der Gesamtbeziehungen, schafft beiderseitige Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten und dient damit auch der Entspannung und der Sicherung des Friedens in Europa.

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb den während des Besuchs des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland erneut bekräftigten Willen beider Seiten, auf der Grundlage der Entspannungspolitik der letzten Jahre ihre Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen.

Diese Politik hat gerade für Berlin und seine Bürger große Erleichterungen gebracht. Ihre Fortführung hat sich abermals in Berlin zu bewähren: Alle künftigen Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten müssen auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und Regelungen, die zwischen den Siegermächten, den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und den beiden deutschen Staaten abgeschlossen wurden, auch Berlin (West) formal und tatsächlich voll einschließen. Dies gilt auch für die in Aussicht genommene Bildung einer „Gemischten Kommission“ zur Förderung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

In den zwischen beiden Seiten vereinbarten Gesprächen muß die Bundesregierung deshalb darauf beharren, daß die geltenden Rechtsgrundlagen, Verfahren und Abwicklungsmodalitäten der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen weiterhin Bestand haben und die Rolle Berlins nicht geschmälert wird. Daher muß gewährleistet werden, daß

- die Treuhandstelle für Industrie und Handel (TSI) in Berlin (West) in vollem Umfang erhalten und weiterhin für die Abwicklung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen zuständig bleibt;
- Berlin „angemessen“, d. h. entsprechend dem Berliner Anteil am Handelsumsatz, in der Kommission vertreten ist;
- die Gemischte Kommission auch in Berlin (West) tagt.

Bonn, den 14. Oktober 1987

Dr. Vogel und Fraktion

